

Citation style

Friedrich, Klaus-Peter: review of: Sabine Schneider, Belastete Demokraten. Hessische Landtagsabgeordnete der Nachkriegszeit zwischen Nationalsozialismus und Liberalisierung, Marburg : Historische Kommission für Hessen, 2019, in: Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde, 124 (2019), p. 257-260, <https://www.recensio-regio.net/r/8a021a17d9ee46b58b95c6ce4af95735>

First published: Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde, 124 (2019)



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Freislers Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Familie wurde in Sippenhaftung genommen und musste die Staatsdomäne Mittelhof zeitweilig verlassen. Ernst Hayessen wurde als »prominenter Häftling« für drei Wochen ins KZ Buchenwald verschleppt, die Frauen für mehrere Wochen in das KZ Ravensbrück. Der Leidensweg seiner Schwester Gertrud ist in der Dokumentation mit einem eigenen Kapitel gut nachgezeichnet. Doch schon Ende 1944 konnte die Familie wieder auf den Hof zurückkehren.

Nach 1945 geriet Egbert Hayessen als einer der Beteiligten am Attentat vom 20. Juli 1944 weitgehend in Vergessenheit. Dass dies auch in Nordhessen der Fall war, liegt vielleicht daran, dass mit Adam von Trotz zu Solz in räumlicher Nähe eine Persönlichkeit geehrt wurde, deren antinazistische Haltung tatsächlich erkennbar war.

Im Schlusskapitel dokumentiert der Verfasser, wie sich seit Anfang der 1990er-Jahre zuerst in der Bundeswehrkaserne in Homberg, später auf dem Mittelhof und danach in vielfältigen Schulprojekten die öffentliche Erinnerung an Hayessen entwickelt hat. Auch Landrat Winfried Becker bestätigt dies in seinem Vorwort: »Zahlreiche Fotos und Abbildungen, Dokumente, Zeitungsausschnitte, persönliche Aufzeichnungen und Interviews machen Geschichte anschaulich und geben den historischen Personen ein Gesicht und ein Profil.« (S. 8) Anlässlich einer Projektwoche formulierten Schüler 2014: »Egbert Hayessen ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Geschichte und sollte nicht in Vergessenheit geraten.« Die vorliegende Dokumentation von Dieter VAUPEL ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Kassel

Ulrich Schneider

**Sabine SCHNEIDER: Belastete Demokraten. Hessische Landtagsabgeordnete der Nachkriegszeit zwischen Nationalsozialismus und Liberalisierung (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 48,15), Marburg 2019, XI u. 560 S., ISBN 978-3-942225-45-8, EUR 35,00**

Sabine SCHNEIDER ist mit großer Akribie, Umsicht und Sachlichkeit darum bemüht, mehr Licht in das Dunkel der nationalsozialistischen Belastungen hessischer Landtagsabgeordneter zu bringen. Zu diesem Zweck hat sie elf von ihnen ausgewählt, deren – in mancherlei Hinsicht gemeinsamen – politischen Lebensweg sie für die Jahre nach 1945 gruppenbiografisch exemplarisch nachzeichnet. Schon aus vorherigen Untersuchungen war bekannt, dass die Zahl der früheren NS-Mitglieder im Wiesbadener Landtag ganz erheblich war: Betroffen waren rund ein Viertel der Landtagsabgeordneten.

Die von SCHNEIDER Ausgewählten gehörten dem Landtag zwischen den 1950ern und dem Jahr 1970 über mindestens drei Legislaturperioden an. Sie decken ein breites politisches Spektrum ab (SPD, FDP, CDU, BHE) und repräsentieren ein äußerst unterschiedliches Ausmaß der NS-Belastung. Am wenigsten belastet war Rudi Arndt (1927–2004), der von seiner Mitgliedschaft in der NSDAP möglicherweise keine Kenntnis hatte und unwissentlich aus der HJ in die Partei überwiesen wurde (S. 483). Es gibt jedenfalls keinen von ihm unterschriebenen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP. Und überhaupt sei bislang »wissenschaftlich nicht abschließend geklärt worden, ob es kollektive Wechsel von der HJ in die NSDAP gegeben hat« (S. 143 f.). Eine NS-Belastung, heißt es gar, sei »in seinem Fall nicht festzustellen« (S. 85). Dennoch war »seine Rolle in der Untersuchungsgruppe zentral«, denn »der Vergleich zwischen ihm und den [...] eindeutig belasteten Demokraten« habe

sich »als lohnenswert herausgestellt« (S. 506). Ihm stehen volksdeutsche Nationalisten wie Frank Seiboth und Gustav Hacker gegenüber, die aus dem Sudetengebiet nach Hessen kamen, und weitere frühere NS-Funktionäre (Heinrich Rodemer, Ludwig Schneider, Heinrich Kohl). Diese biografische Disparität eröffne, so SCHNEIDER, »Perspektiven und Vergleichsmöglichkeiten in Bezug auf Lernprozesse und den Umgang mit dem Nationalsozialismus« (S. 22).

Kurzbiografien im Anhang fassen die wichtigsten Angaben über die Angehörigen der Gruppe zusammen. Was sie verband, war das politische Engagement unter demokratischen Bedingungen *nach* 1945 (S. 28). Insbesondere geht es SCHNEIDER um den (Werte-)Wandel in den Nachkriegsjahren (S. 10 f.), wobei die Durchsetzung der Demokratie als Staatsform und als Art des politischen Lebens im Mittelpunkt steht. Welche Rolle spielten dabei die NS-belasteten Politiker? Inwieweit versuchten sie, die Demokratisierung zu hemmen oder zu fördern? Welche Einstellungen vertraten sie im Nachhinein zum Nationalsozialismus? (S. 5 f.).

Neben den für die Studie unverzichtbaren Protokollen der Landtagssitzungen wurden verschiedenartige Quellen herangezogen, darunter Archivadokumente aus Gebieten, in denen die Politiker Ämter innehatten (also auch im heutigen Tschechien); nur bei vier konnten Nachlässe berücksichtigt werden, und selbst das Spruchkammer-Material erwies sich als ungleich und lückenhaft oder es fehlte mitunter gar völlig. Da einige journalistisch tätig waren, war die Einbeziehung von drei Zeitungen hilfreich. Zudem konnte die Verfasserin mit mehreren Zeitzeugen Gespräche führen.

Auffallend war über die Zäsur von 1945 hinaus die Kontinuität der benutzten Begriffe (S. 12). Die Zahl derjenigen, die das Reich wieder aufleben lassen wollten, ging nur langsam zurück, der nationalsozialistische Kampfbegriff Antibolschewismus wurde seitens der Rechten und Vertriebenen weiterhin verwendet (S. 65, 217). Das Festhalten am Antikommunismus, dem nun das »Abendland« gegenübergestellt wurde, erwies sich als wirksame Ablenkung von eigenen – deutschen – Untaten (S. 222). Er ließ sich zudem gegen die Sozialdemokratie wenden, die im Bundesland regierte. Oppositionelle Politiker kritisierten die Landesregierung Ende 1964 dafür, dass ein Schüler des Marburger marxistischen Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth mit 37 Jahren zum Oberstudiendirektor ernannt wurde (S. 331). Man unterschlug dabei jedoch, dass schon zwei Jahre zuvor der linker Sympathien unverdächtige Historiker Andreas Hillgruber (1925–1989) als Leiter der Marburger Elisabethschule zum Oberstudiendirektor ernannt worden war – dem seinerzeit jüngsten im sog. »roten Hessen«. Abendroth war neben dem Hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer der zwischen SPD und den anderen Landtagsparteien personalpolitisch Umstrittensste; der Frankfurter Stadtverordnete Albert Derichsweiler, zuvor ein nationalsozialistischer Studentenfunktionär und SS-Obersturmführer, diffamierte nicht nur Rudi Arndt als angeblichen HJ-Führer, sondern griff Abendroth als Kommunisten an (S. 352 f., 480 f.).

Die Verfasserin verwendet manchmal falsche Begriffe, wenn sie den von Hitler angezettelten Krieg gegen Polen als *Kriegsausbruch* (S. 28) und wenn sie Himmler als Reichskommissar für die Festlegung (statt Festigung) deutschen Volkstums (S. 197) bezeichnet. Arisierung (S. 453) steht ohne Anführungszeichen, auch Klemperers »arische Ehefrau« (S. 239). Dass es bei der Kritik an der Haltung der rechten Vertriebenenverbände in den 1960er-Jahren um einen »Verzicht auf die Ostgebiete« (S. 258, Anm. 184) ging, ist allzu ver-

kürzt, denn sie waren ja in Potsdam den östlichen Nachbarn des Deutschen Reichs übertragen worden. Dem langjährigen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn (SPD) wird voreilig eine Mitgliedschaft in der SA unterstellt (S. 53). Die Abkehr von der Frakturschrift erfolgte nicht erst 1945 (S. 241), sondern Anfang 1941. Claus von Stauffenberg gehörte nicht dem Kreisauer Kreis an (S. 260).

Der in der Nachkriegszeit stramm rechte Freidemokrat Rodemer, der 1932 in die NSDAP eingetreten war und sich als überzeugter Schreibtisch-Täter der NS-Propaganda hervorgetan hatte (S. 115 f.), wechselte 1960 aus Darmstadt nach Nordhessen, um für ein Jahrzehnt das Bürgermeisteramt in Bad Wildungen zu übernehmen. Seine Wahl kam zustande mit den »Stimmen der rechtskonservativen Lokalpartei ›Schaffende Menschen‹«, die vom vormaligen nationalsozialistischen Bürgermeister Rudolf Sempf angeführt wurde (S. 67). Dieser konnte Rodemer aber nicht in einem »Kriegsgefangenenlager« (S. 176) kennen gelernt haben, denn die Amerikaner sperrten Sempf bis 1948 im Internierungslager Darmstadt ein (siehe Gerhard MENK: *Waldeck im Dritten Reich*, Korbach 2010, S. 293–295). Auch konnten sich beide nicht im »Munsterlager bei Bad Kreuznach« (S. 187) begegnet sein, da sich dieses Lager in der britischen Zone befand. Rodemer schloss sich 1948 der FDP an und war seit 1949 als Hauptschriftleiter beim FDP-Wochenblatt *Deutscher Kurier* tätig (S. 157, 167 f.). Dem nationalistischen Denken blieb er zeitlebens verhaftet, auch als er 1965–1968 die FDP-Landtagsfraktion anführte. Nach 1945 erzielte die »schwer belastete FDP« in Nordhessen zunächst »immer hohe Stimmenanteile« (S. 175). Aufgrund der Heterogenität der FDP/FDP, die sowohl sozial- als auch nationalliberal war, musste sie im Vierteljahrhundert nach ihrer Gründung aber »einen deutlichen Wandlungsprozess [...] durchmachen« (S. 68).

Die SPD war weit weniger belastet, doch bemühte auch sie sich um eine Integration ehemaliger Hitler-Anhänger (S. 4 f.). Waren zunächst viele Sozialdemokraten überzeugt gewesen, dass ehemalige Nazis in der SPD keinen Platz haben sollten, so verabschiedete man sich davon »recht zügig«, um mehr Wählerstimmen und neue Mitglieder zu gewinnen (S. 15). Dennoch gilt, dass die SPD ihre Identität ganz entschieden aus der Abgrenzung vom Nationalsozialismus schöpfte (S. 218). Tassilo Tröscher, der sich im März 1933 der Hitler-Partei angeschlossen hatte, war das früheste NSDAP-Mitglied in der SPD-Fraktion (S. 53); schon während der Kriegsjahre wandte er sich vom Antisemitismus ab (S. 138, 141, 220, Anm. 26).

Politisch rasch reintegriert wurden selbst unter dem NS-Regime prominente Rathauschefs. Der zunächst parteilose Ludwig Schneider wandelte sich 1933 zum beflissenen Anhänger Hitlers, durchlebte eine Ehekrise und langwierigen Streit um das Sorgerecht für den Sohn, machte Karriere als Oberbürgermeister von Waldenburg, dann von Magdeburg (S. 120 f.). Von September 1939 bis Januar 1940 regierte er die in Polen eroberte Stadt Sosnowiec. Einige Jahre später durfte er sich im Hessischen Landtag aufseiten der FDP-Opposition als Experte für Kommunalpolitik profilieren. Sobald es in Landtagsdebatten um seine Vergangenheit als nationalsozialistischer Oberbürgermeister ging, wusste er mithilfe von Lügen seine Tätigkeit zu verharmlosen (S. 277). Vergangenheitspolitisch trat er im Sinne eines Schlussstrichs mit der Forderung hervor, man solle Spruchkammerakten »öffentlich verbrennen« (S. 323).

Die Opfer des NS-Terrors hatten dagegen einen schweren Stand. In den 1950ern unterlagen sie einer fortschreitenden Marginalisierung, und »[...] die sogenannte ›Schluss-

strichmentalität« wurde zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen und einem parteiübergreifenden Konsens, an den sich selbst ehemals Verfolgte meist hielten« (S. 80). Zur gleichen Zeit gingen die meisten der Belasteten den mit Blick auf die jüngste Vergangenheit bequemeren Weg der »Selbstkonstruktion«. Zu kritischer Reflexion des eigenen Anteils am NS-Unrecht konnten sie sich nicht durchringen (S. 484 ff.).

Anfangs standen die Politiker vor dem Dilemma, dass sie die Bevölkerung wegen ihrer Begeisterung für den Nationalsozialismus nicht mitverantwortlich machen konnten, ohne sie zu verprellen (S. 219). Die Integration ehemaliger Parteigänger Hitlers war aber, so Schneider, für »alle Parteien [...] entscheidend« (S. 165). Sie vollzog sich dann vor dem Hintergrund eines im Wandel begriffenen Demokratieverständnisses, das einen strengeren Umgang beim Rückblick auf den Lebensweg von Politikern in der NS-Zeit einschloss. Aus den Jahren 1933–1945 herrührende Seilschaften spielten demgegenüber keine Rolle oder waren nicht (mehr) nachweisbar (S. 211, 496).

Über Parteigrenzen hinweg mussten alle »einen Anpassungs- und Lernprozess durchlaufen« (S. 506), wobei sich Politiker der Opposition zu Verfassungspatrioten wandelten (S. 425 f.). Aber die glaubwürdige Abkehr gelang nicht jedem. Nicht selten geriet der eigene Nationalismus in Widerstreit mit dem Verfassungspatriotismus.

Das Verhältnis zwischen den ererbten nationalistischen Überzeugungen und der erworbenen Demokratie erweist sich als ambivalent: »Der Preis für die demokratisierende Wirkung ehemaliger Nationalsozialisten in der politischen Elite waren mentale, strukturelle und personelle Kontinuitäten, das unzureichende Bemühen um Wiedergutmachung und Strafverfolgung von NS-Tätern sowie ein unsensibler Umgang mit NS-Opfern und der deutschen Vergangenheit. [...] Das Bemühen um Liberalisierung einerseits und das Beharren auf althergebrachten Denkmustern andererseits waren [...] nötige Prozesse, wenn nicht gar Katalysatoren für die Demokratisierung« (S. 505).

Sabine SCHNEIDER ist mit ihrer Studie, die auf einer Marburger Dissertation beruht, ein großer Wurf gelungen, der verdeutlicht und nachvollziehen lässt, wie trotz mannigfaltiger Widerstände und Beharrungsmomente sich unter den hessischen Parlamentariern ein Gesinnungs- und Wertewandel bemerkbar machte. Dazu trug neben den wirtschaftlichen Erfolgen der Bonner Republik bei, dass Antibolschewismus und Antiamerikanismus sich abschwächten und die USA gar zum Vorbild wurde. Ein Prozess der »Verwestlichung« griff um sich (S. 369 f.). »Demokratisierer« ihrer Gesellschaft ermittelt die Verfasserin mit Arndt, Eitel Oskar Höhne, Tröscher (SPD), Ernst Holtzmann (CDU), Ernst Schauß und Kohl (FDP) in drei Parteien (S. 471). Der frühere Wehrmachtsoffizier Heinrich Kohl bemühte sich als Landrat in Frankenberg und als Mitglied des Landtags ganz persönlich darum, Jugendliche für die parlamentarische Demokratie zu gewinnen (S. 442 f.).

Die Herausbildung eines umfassenderen Demokratieverständnisses war stets auch mit der Distanzierung vom NS-Regime verbunden (S. 19). Der Hessische Landtag erscheint so auf längere Sicht als Schule der Demokratie (S. 462). Allerdings sei eine demokratisierende Wirkung nicht unbedingt von den neuen Gesetzen ausgegangen, sondern mehr noch von den parlamentarischen Diskursen über die Stärkung der Demokratie (S. 417).

Marburg

Klaus-Peter Friedrich